

Bezugspreise

Die Halle monatlich die zweimalige
Jahres 3.00 Mark, vierteljährlich
0.93 Mark, durch die Post 0.53 Mark
zuzüglich Anschlaggebühren. Be-
stellungen werden von allen An-
zeigensstellen angenommen. Um
am 14. Sonntag vor dem unter
Einschaltung eingetrogen. Für
unregelmäßig eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Erlaubnis der Redaktion gestattet.
Fern: der Expedition Nr. 1142
u. 7411, der Zeitung Nr. 11333

Abend-Ausgabe.

Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenspreise

Die 8 gespaltene 34 mm breite
Millimeterzeile oder deren Raum
30 Pf. und Reklamen die 92 mm
breite Millimeterzeile 60 Pf. An-
zeigen nehmen an jeder Ge-
schäftsstelle u. für die verschie-
denen Erfüllungsorte: 5 alle,
Ersteinst täglich 2 mal, Son-
tag und 11 tags 3 mal.
Schließung am 1. August
Geschäftsstelle: Halle, Neue Damm-
straße 19, St. Brauhausstr. 17.
Aben- Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 52 und Markt 23.
Polizei-Notiz Leipzig Nr. 4609.

Nr. 88.

Halle, Sonnabend, den 21. Februar 1920.

Einzelpreis 15 Pfg.

Ausstellungen in Berlin.

Herr von Gerlach schwer verletzt.

Berlin, 21. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Zu
Ausstellungen kam es gestern Abend bei der Vereingung
einer vom Bundes Neues Vaterland einlaufenden Veramm-
lung in Charlottenburg, in der der bekannte Demolator von
Gerlach das Sekret für Ausstellungsfrage übernommen
hatte. Unter den Anwesenden befanden sich zahlreiche Per-
sonen in Uniform, ebenso einige, die russische Kotarden und
Abzeichen trugen. Kaum hatte von Gerlach zu sprechen
begonnen, als er durch Jurens und immer härter werdenden
Bärm unterbrochen wurde, dessen Urheber dem Tauschfall
auf jene Militärpersonen waren. Als Herr von Gerlach
auf die anderen Verammlungsmitglieder sich diese An-
forderungen verhielt, fielen die Mitglieder über die Veramm-
lungen mit dem Gesang des Deutschland-
Liedes. Es entwickelte sich eine Schlägerei, in deren Ver-
lauf von Gerlach zu schwer verletzt wurde, daß er in einer
Dröckle fortgeschleppt werden mußte. Er ist durch Antritte
in den Unterleib und Bruststücke besonders schwer ver-
letzt. Hierherbeigeleitete Sicherheitswehr wurden zehn Reichs-
wehroffiziere und sechs Volkspolizisten herbeigeholt. Es
wurden noch mehrere andere Personen, die als Töden ver-
seht wurden, verhaftet und mußten die Infirmität auf-
suchen.

Herr von Lesener über seine Tätigkeit.

Berlin, 21. Februar. (Eig. Drahtnachricht.) Frei-
herr von Lesener gab gestern Abend vor den Mitgliedern
der Ortsgruppe Wilmersdorf der deutschen Volkspartei einen
Hauptbericht über seine Tätigkeit in Versailles. Der Herr
führte die Bemerkungen der Delegation nach der Rati-
fizierung durch Deutschland, um die Forderungen herauszu-
bekommen und stellte ausdrücklich fest, daß kein Ver-
trakt des Friedensvertrages ein neuer Normalkrieg
in Deutschland ohne eine neue Kriegserklärung unmöglich sei.

Gesandter Mayer beim diplomatischen Empfang.

Wesel, 20. Februar. Hano stellt fest, daß zum ersten
Male seit der Wiederaufnahme der diplomatischen Be-
ziehungen sich der deutsche Gesandter Mayer zum Emp-
fang des diplomatischen Korps ins Elbfloß begeben hat.

Der Prozeß gegen Oltwig v. Hirschfeld.

Berlin, 21. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Am
gleichen Saale, in dem seit Wochen der Erzberger-Schiff-
Prozeß verhandelt wird, ist heute der frühere
Zehnjährig Oltwig v. Hirschfeld auf der Anklage-
bank, um sich vor den Geschworenen wegen des Revolver-
anschlags auf Reichsfinanzminister Erzberger am
25. Januar d. J. zu verantworten. Den Vorsitz des Ge-
richts führt Landgerichtsdirektor Weigert, die Anklage
vertritt für den Verhaftungsakt der Erste Staatsan-
walt, die Verteidigung haben die Reichsanwälte
Dr. Bahst und Schöler übernommen. Der Angeklagte,
der in schwarzer Uniform und im Schmuck seiner
Kriegsordenstränge erscheint, macht trotz seiner wech-
sel als 20 Jahre mit einem barlosen Gesicht einen sehr
knabenhaften Eindruck, doch läßt er bei seinen Unter-
handlungen mit seinen Verteidigern eine gewisse
Sicherheit des Auftretens nicht verkennen. Vor der
Anklagebank hat als Beistand für den noch nicht min-
digen Angeklagten dessen Vater Platz genommen.
Als Zeugen sind 10 geladen, darunter Erzberger,
Schweitzer, Hammer und Frau v. Hirschfeld, die
Widder des bisher unbestrittenen Anschlages. Die
Anklage lautet auf Mord und 21 des Wechsels gegen
§ 21 des Reichsstrafgesetzbuchs. Der Anschlag ist
im November 1899 geschehen, ist mit 11 Jahren auf die
Schlehdende Plän, später nach Groß-Hilfstrich ge-
gangen, hat sich in 18 Jahren ins Feld gemeldet und
ist mehrfach verwundet. Bei der Revolution
melbete er sich bei den Regierungstruppen, später nahm
er seine Entlassung aus der Armee und nahm an einem
Kriegsteilnehmer-Abtrünnungsfeld teil. Auf die
Politik ist er nach seiner Anklage durch die Revolution
entloren worden. Er hat sich von Zeitungen recht und
links über die Gründe der Revolution zu informieren
gesucht, und er hat die Ueberzeugung gewonnen, daß die
letzte Revolution unter dem a u s f e h r l i c h e n
Einfluß Erzbergers und seiner Verbände einen
Scheitern für das Reich habe, da er wiederum im Jahre
Einlandsliche Beweise hierfür hat der Anklage
nicht. Er hat diese Ueberzeugung aus Selbstschutz
sich "Port mit Erzberger" gewonnen. Damit will
der Anklage, wie er weiter ausführt, aber nicht lassen,
daß es in Selbstschutz Sinne gewesen sei. Erzberger durch
eine Anklage aus dem Wege zu räumen. Aber in den
Rechtskreisen des Anschlages ist von diesem Wege
abgesehen worden. Der erste, der ihn bei der Tat
teilte, ist der ehemalige Erzberger so zu verwenden, daß
er sein Amt nicht weiter versehen könne und daher
das Volk vor weiteren Schaden zu bewahren. Es
inniger, unabhängiger Mensch, der durch keinerlei Miß-
stände auf Familie oder Kinder gebunden ist, habe er
die Tat begangen, die er für durchaus nötig hielt, da
Erzberger sich auf Gewalt stütze und durch kein anderes
Mittel vom Platte zu bringen sei. Der Anklage erst
Mittel ist bereit, Strafe für seine Tat auf sich zu nehmen,
wie an sich nicht war, deren Gründe aber nicht waren.
Was er nicht habe, sei notwendig gewesen für alle die,
die unter den Umständen Erzberger zu leiden hatten.
Um sich davon verständig zu überzeugen, sei tatächlich

Erzberger die unheilvolle Rolle spielte, die manche Pro-
zedur darstellten, hat der Angeklagte sich Antritt
zu den Verhandlungen verschafft, und als er dort die
Anliegen des Unterstaatssekretärs Müller und des
Ministerialdirektors Reubens hörte, sagte er sich, Erz-
berger muß als Sekundär unschuldig gemocht werden.
Er ging nach der Verbindung antritt auf die Strafe
in der Hoffnung, daß der Reichsfinanzminister ihm in
den Augen laufen werde. Den ersten Schritt habe er mit
Demut in abgeben, und er habe dabei auf die Strafe
achtet. Der zweite Schritt sei in der Rage gefallen.
Deshalb er nicht die Abtät schaft habe, Erzberger an
sich. Nach dem heraus, daß er nicht seine kräftige
Parteilichkeit, sondern den kleinen Freumut
seines Vaters zur Tat verwendet.
Die Verhandlung dauert fort.

Washington und der Vers'lier Vertrag.

Paris, 21. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Der
„Morning Post“ und das „Echo de Paris“ erklären über-
sichtlich, daß man in Washington eine neue Friedens-
konferenz für die Revision der wirtschaftlichen Bestimmungen
des Versailler Vertrages für nötig erachte.

Polsche Friedensbedingungen an Österreich.

Warschau, 21. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) In
privatrichtigen polnischen Kreisen verläutet, daß die
polnische Regierung wahrscheinlich folgende grundsätzlichen
Friedensbedingungen an Österreich stellen wird: 1. Der
Friedensvertrag wird ohne vorherigen Waffenstillstand ab-
geschlossen. 2. Die Wiederherstellung mit der Grenze Polens
von 1872 prinzipiell anerkannt. 3. Der Friedensvertrag
wird durch die russische Nationalversammlung bestätigt
werden.

Polnische Heerveruche.

Wes Berlin, 21. Februar. Die polnische Heer-
führung vertritt für vor einigen Tagen eine Erklärung
des polnischen Oberkommandos, in dem die Behauptung auf-
gestellt wird, daß die polnische Heerführung des teile-
narrischen und telephonischen Verkehrs nach Österreich
durch die deutschen abrückenden Truppen erfolgt sei, die
planmäßig sämtliche zur Unterhaltung des Drahtverkehrs
erforderlichen Einrichtungen zerstört oder mitgenommen
hätten.

Hierzu wird von württembergischer Seite bemerkt, die
deutschen Truppen haben bei ihrem Abzug lediglich ihr plan-
mäßiges Gepäck mitgenommen. Die Reichsteilnehmer sind
überall intact geblieben und erst im Laufe des polnischen
Bermachens nach der polnischen Besetzung unterbrochen
worden. Die von dem polnischen Oberkommando angeführte
Kaufmann, daß die Unterbrechung wirklich durch deutsche
Truppen erfolgt sei, ist daher völlig unbegründet und um so
weniger verständig, als das eigene deutsche Interesse die
Aufrechterhaltung einer ununterbrochenen Verbindung Ös-
terreichs mit den übrigen Teilen des Mutterlandes un-
bedingt erfordert.

Poincaré — Vorsitzender der Wiedergutmachungs-Kommission.

Paris, 20. Februar. Havas. Das Amtsbild
melbet, daß Senator Raymond Poincaré an Stelle von Jon-
nart zum Delegierten von Frankreich in der Wiedergut-
machungskommission ernannt worden ist.

Ungarische Wehrrufen.

Budapest, 21. Februar. Unger. Korr. Büro.
Ein in der Tabakindustrie eingetragener Gesellschafter
bestimmt, daß die reichende Gewalt von der Nationalver-
sammlung ausgeht und bis zur Belegung des Reichens
Reichswesens die Gewaltgewalt von der National-
versammlung und dem verantwortlichen Ministerium ausgeht
wird. Zur Verteidigung des Landes und zur Aufrechter-
haltung der inneren Ordnung wird die auf die ungarische
Verfassung verordnete nationale Armee erstellt. Die Natio-
nalversammlung wählt in gemeinsamer Abstimmung bis zur
endgültigen Regelung der Ausübung der Gewalt des Staats-
oberhauptes aus der Mitte ungarischer Staatsbürger einen
Bewerber.

Die Entente an Ungarn.

Wien, 20. Februar. Die Antwort auf die un-
garische Note betreffend die Wiedergutmachung wurde heute dem un-
garischen Gesandten Dr. Kray übergeben. Darin heißt es u. a.:
Die ungarischen Forderungen sind in den Österreichischen
Verträgen mit den geliebten deutschen Alpenländern eine ge-
schlossene Sittengesellschaft. Auch die ungarische Note habe
den deutschen Charakter dieses Gebiets anerkannt. Die Re-
publik Österreich habe auf den Vorschlag von den Ge-
mächtigten gefällten Entschloßens durch die Mächte gemar-
tet. Ueber dies nicht verhandelt. Die Österreichische Republik sei
genügt, auf Grundlage der Autonomie des Bundeslandes
innerhalb Österreichs mit der ungarischen Regierung über
die Durchführung des St. Germainer Friedensvertrages in
Verhandlungen einzutreten und das wirtschaftliche Verhält-
nis zwischen Österreich und Ungarn auf der Grundlage eines
völlig freien Handelsverkehrs aufzurichten. Der Baronaus-
tausch ist jetzt durch Ein- und Ausfuhrverträge unterbrochen.
Zur Aufhebung dieser Verbote hat die österreichische Regie-
rung Ungarn wie allen anderen Staaten gegenüber sehr gern
bereit.

Der Tod der deutschen Zigarette.

Von einem volkswirtschaftlichen Mitarbeiter.

Berlin, 21. Februar 1920.

Es geht nicht um die Raucher an, sondern die All-
gemeinheit, es ist kein Bluff der Interessengruppe, son-
dern Wahrheit: Die deutschen Zigarettenfabriken, eine
noch im Kriege blühende Industrie, sind ruiniert, wenn
nicht die Reichsregierung in letzter Stunde ein Einsehen
hat und auf die im letzten Herbst beschlossene neue
Tabaksteuer verzichtet. In Dresden wären 20 000 Ziga-
rettenarbeiter brotlos, in Berlin 16 000, in Bremer
etliche Tausend. Insgesamt würden in Deutschland
wieder 100 000 Arbeiter und 10 000 Angestellte der Ar-
beitslosenversorgung zur Last fallen, bis sie, was sehr
fraglich ist, von anderen Industrien aufgenommen werden.
Also ein soziales und wirtschaftliches Problem, mit
billigen Scherzen über „Rauchschmerzen“ nicht ab-
getan. Man soll auch nicht sagen, hier liege die errie-
bte böse Frucht der Erzbergerischen Steuerpolitik vor. So
sehr auch sonst das Konto des Reichsfinanzministers mit
den Schreden dieser Zeit belastet ist, er konnte nicht
voraussehen, daß die deutsche Valuta derart ins Boden-
lose stürzen wird. Das heute ein Allogramm orientali-
scher Tabak einschließlich des Goldbolts 258,50 Mk. kostet
(vor dem Kriege 2 Mk.). Rechnet man nun dazu die
neue Steuer von 300 Mk. für das Kilo Tabak, d. h.
30 Pfg. für eine Zigarette und bekennt man noch die
taufenderlei Steuern der Verteilung und des Materials
und des Vertriebs, so wird die billige Zigarette nicht
unter 1 Mk. zu haben sein. Ein Zigarettenraucher, der
10 Zigaretten im Tage braucht, muß dafür im Jahre
3040 Mk. aufgeben. Das können sich auf die Dauer nur
die Millionäre leisten. Schlimmer noch, die dann billi-
geren ausländischen Zigaretten werden das Geld erst
recht beherbergen. Als im vorigen Jahre die Regierung
den großen Fehler beging, die Verlegung der deut-
schen Industrie mit orientalischem Tabak zu verhindern,
und die Fabriken wegen Rohstoffmangels feiern mußte,
da frönten für 6-8 Milliarden Mark englische
und amerikanische Zigaretten herein, ein furchtbarer
Schlag gegen Wirtschaft und Valuta. Der Schlag wird
sich jetzt wiederholen. Denn die kleinen Zigaretten sind
dem stummen Grosverputz durchaus gemessen. Sie
schließen durch alle Ritzen und Löcher im Wehen. Wie
die Regierung den ungleichen Kampf aufnehmen?
Wäre es nicht tausendmal geistlicher, die deutsche Indus-
trie zu retten, sie produktions- und steuerfähig zu er-
halten? Als man die neue Steuer beschloß, rechnete
die Regierung mit einer jährlichen deutschen Pro-
duktion von 10 Milliarden Zigaretten. Sie bedachte aber
nicht, daß die Zigarette bei einer Verteuerung von rund
1000 Prozent aufhöre, ein Massenkonsummittel zu sein
und daß sofort die stärkste Schmuggelkonkurrenz an
der Grenze eintreten wird. Denn das Bedürfnis bleibt.
Gegen die süßen Gewohnheiten und kleinen Paster der
Wenigen ist — kein Kraut gemessen, oder vielmehr das
ausländische Kraut bringt herein, wenn das infandliche
zu teuer wird. Wie man auch die Sache ansehen mag,
es steht eigentlich alles auf dem Spiele, die Steuer, die
Valuta, die Industrie, das Brot der Arbeiter. Herr
Erzberger, der zurecht mit den Fabrikanten verhandelt,
hat im Gerichtsaalkampfe mit Dr. Seiffertich hoffentlich
nicht den klaren Blick für Steuer- und Wirtschaftspragen
verloren und hört sich die Klagen in voller Geduld an.
Die Fabrikanten verlangen, daß nicht die neue Steuer,
sondern höchstens der alte Satz von 40 Mk. für das
Tausend Zigaretten erhoben wird, vorläufig, bis die
Valuta sich wieder erholen und ein billigerer Ein-
kauf des Auslandsabfalls möglich ist. Wie es bei der
bisherigen Steuerhöhe von 40 Mk., so läßt sich eine
deutsche Zigarette herstellen, die im Kleinhandel 50 bis
60 Pfg. kostet. Das wäre die billige! Aber sie würde
dem Tode der ausländischen Fertigung standhalten,
besser als alle Zollkronen und Grenzverbote. Das ist
alles eigentlich so einfach und klar, daß man sich wun-
dern muß, wie die Vertreter der süddeutschen Industrie
bisher vergeblich im Reichsfinanzministerium ange-
klopf haben. Erst die nachgehende Prüfung, er die
erhaltenen Maßnahmen auf die Arbeiter haben
die Regierung etwas aufgeschreckt. Sie glaubte wohl
nicht, daß die Lage so ernst sei! Sie hat sich bisher nur
berockt erklärt, den Verhältnissen insondere Rechnung zu
tragen, daß sie einer „Milderung“ der Steuerhöhe „Be-
ziehungswelt“ einer erhöhten Vergütung für den Gold-
zoll zustimmen will. Aber das sind wieder die süßlichen
bureaucratischen Mittelchen und Konzessionen. Es
handelt sich darum, auszurechnen, wie hoch die deutsche
Zigarette steuerlich belastet werden darf, damit sie gegen
den ausländischen Schmuggelkonkurrenzfähigkeit
bleibt. Bleibt sie das nicht, so ist ihr Todesurteil ge-
sprochen, die Industrie vernichtet, der Arbeiter auf der
Straße, der Schmuggel triumphiert. Und darum wiederum
auszuweisen, zu deutsch: möge die Regierung aufpassen.

78.00
28.00
104.00
70.00
94.00
99.00
10.50
100.00
126.00
110.00
114.00
282.00
11.40
34.78
457.00
384.00
584.00
629.75
260.00
408.00
180.00
300.00
299.00
29.10
584.00
415.00
360.00
302.50
31.90
641.78
561.00
376.00
421.00
304.78
381.00
299.84
394.00
339.28
330.00
5.80
405.00
568.00
180.00
52.00
52.00
512.00
782.00

